

Deutschlands schönste Ehefrau wird erstmals in Bremen gekürt. Dabei treten „die reifen Damen auf den Laufsteg“ – jene zwischen 26 und 48 näm-

lich. Alle anderen haben Glück: Anstatt sich für die Fleischschau in geschmacklose Abendroben zu zwingen, können sie Eis essen – bei 27 Grad

# Sportamt vor der Zielgeraden

**STADTNUTZUNG** Die Stadt hat den BesetzerInnen des Alten Sportamtes ein Angebot gemacht, mit dem sie bleiben könnten. Beide Seiten stellen allerdings Bedingungen

VON JEAN-PHILIPP BAECK

Können die BesetzerInnen im Alten Sportamt bleiben? Die Stadt hat der Gruppe dazu ein Vertragsangebot unterbreitet. Eine Sprecherin des zuständigen Finanzressorts bestätigte einen entsprechenden Bericht von Radio Bremen. An das Angebot geknüpft sind allerdings bestimmte Bedingungen. Wie die BesetzerInnen der taz erklärten, sollen sich unter anderem maximal 200 Personen bei Veranstaltungen auf dem Gelände aufhalten. Für sie wäre dieser Punkt akzeptabel. Insgesamt begrüßen sie die Initiative der Stadt, wollen vor weiteren Verhandlungen allerdings grundsätzliche Fragen klären. Dennoch sei es für die AktivistInnen denkbar, dass der Vertrag die Lösung des Konflikts bedeuten können.

Und der zieht sich nun immerhin schon ein paar Jahre. Ursprünglich hatten die AktivistInnen mit der Stadt 2011 eine Zwischennutzung für das Haus in der Nähe des Weserstadions jeweils für die Sommermonate vereinbart. Sie veranstalteten dort Konzerte, Workshops, Partys oder Vorträge, ein Kulturort entstand. Die AktivistInnen strebten immer eine dauerhafte Lösung an. 2015 wollte die Stadt die Nutzungsduldung nicht mehr verlängern, der Ort sollte wohl ein Gerätelager für Werder Bremen werden. Im April 2015 besetzten die AktivistInnen dann den Ort. Die Finanzbehörde drohte später die Räumung an.

Streit gab es in der Vergangenheit unter anderem, weil das Gebäude in der Pauliner Marsch in einem Überschwemmungsgebiet liegt, wo in dem Wintermonat eine Nutzung verboten ist und kul-



2015 besetzten AktivistInnen das Alte Sportamt nahe dem Weserstadion Foto: Jean-Philipp Baeck

turelle Zwecke nicht vorgesehen und erst bauordnungsrechtlich genehmigt werden müssten. Besonders bei Versammlungen von Personen im Gebäude bestanden bislang ungeklärte Haftungsfragen.

Ein Leihvertrag wurde den Besetzerinnen bereits einmal angeboten und dann kurzfristig zurückgezogen. Aus dem Bauressort hieß es da, eine Nutzung sei planungsrechtlich unmöglich.

Immer wieder kam es zu Gesprächen und deren Abbrüchen. Im Herbst 2016 hatten die BesetzerInnen ein Treffen mit der Fraktion der Grünen, die die Möglichkeit eines unbefristeten Vertrages erneut auf den Tisch brachte.

Seit Anfang Mai liegt nun ein Entwurf für einen Leihvertrag durch die Immobilien Bremen vor, die das Gebäude verwaltet. Laut einem Sprecher der BesetzerInnen basiere die-

ser auf einer „Duldung der Nutzung durch die Baubehörde“ und enthalte Auflagen zum Brandschutz und zu Fluchtwegen oder eben der zulässigen Personenzahl.

Am vergangenen Donnerstag habe die Gruppe auf das Angebot der Stadt mit einer E-Mail reagiert. „Wir finden es gut, dass die Stadt uns eine neues Angebot gemacht hat und weg ist von der Eskalation“, erklärte der Aktivist. Vor detaillierteren Vertragsverhandlungen wollen sie nun aber ihrerseits einige Fragen schriftlich geklärt wissen. Unter anderem zur Haftung und dazu, ob es sich bei dem Ange-

*„Wir finden gut, dass die Stadt ein Angebot gemacht hat“*

**SPRECHER DER BESETZERINNEN DES ALTEN SPORTAMTES**

bot nun wieder um eine Übergangslösung handle. Denn bislang bedeutete die „Duldung“ einer Nutzung, dass diese jedes Jahr aufs Neue verlängert werden musste. Auch müsse der Zeitraum der Winterpause genau geklärt werden. Und für die AktivistInnen sei relevant, inwiefern ihr ausgearbeitetes Nutzungskonzept in den Vertrag mit eingehe. Dies regule, wo Bühne und Bar auf dem Gelände stehen und stelle damit sicher, dass diese nicht jeden Winter abgebaut werden müssten. Um all diese Dinge hätte man sich in vergangenen Gesprächen immer wieder gedreht – daher wollen es die AktivistInnen nun gleich vorher klären.

„Nach monatelanger Funkstille und einer angedrohten Räumung dauert es jetzt bei uns eben ein bisschen und da muss die Behörde durch“, erklärte der Aktivist. Seine Gruppe entscheide im Konsens.